

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
34. Sitzung

08.10.1987
the-ro

energie einschließlich Entsorgung" bedeute: "Kernenergie" heiße danach lediglich die Nutzung vorhandener Leichtwasserreaktoren, und "Entsorgung" heiße wirklich Entsorgung und nicht Versorgung mit Brennelementen. In Höxter sei ausdrücklich gesagt worden - und alle Beteiligten hätten dies gewußt -, daß sich dies nicht auf die fortgeschrittenen Reaktortechnologien erstreckt und auch nicht auf eine Versorgungsstrategie im Brennstoffkreislauf bezogen habe.

Dies sei auch eine Ursache dafür gewesen, daß es 1985 weiterhin bestimmte Meinungsverschiedenheiten gegeben habe, die ja weit zurückreichten. Er erinnere in diesem Zusammenhang nur an das Ende der 70er Jahre, als in Nordrhein-Westfalen die F.D.P. den Wirtschaftsminister gestellt habe und als es auch einschlägige Erfahrungen mit dem Bau von Leichtwasserreaktoren in Nordrhein-Westfalen gegeben habe.

Der Minister weist darauf hin, daß der Beschluß im September 1985 unter dem Tagesordnungspunkt "Verlängerung des Hüttenvertrages bis 1999" gefaßt worden sei. Auf der jetzigen Konferenz sei ebenfalls ausführlich die Tatsache dargelegt und vom Bundeswirtschaftsminister auf Befragen ausdrücklich bestätigt worden, daß die Koalitionsvereinbarung einseitig einen der wesentlichen Bestandteile des Kompromisses vom September 1985 in Frage gestellt habe, nämlich die weitere Unterstützung der Kokskohlelieferungen in den EG-Bereich.

Dies beziehe sich auf zwei Punkte, die beide das Land unmittelbar angingen: Zum einen würden die besonderen Lieferbeziehungen des Eschweiler Bergwerks-Vereins nicht mehr als besonders angesehen, sondern gleichbehandelt mit Lieferungen in die EG. Dies sei schlichtweg vertrags- und absprachewidrig. In den Kohlerunden 1983 und 1985 sowie durch die Zuwendungsbescheide der Bundesregierung und der Landesregierung sei dem EBV gegenüber klargestellt, daß der Bedarfsdeckungsvertrag mit der ARBED in Luxemburg eine besondere Lieferbeziehung darstelle. Dazu gebe es ja inzwischen auch einen Schriftwechsel mit dem Regierungschef Luxemburgs.

Der Bundeswirtschaftsminister und der Bundesfinanzminister wollten sich daran nicht mehr halten. Während man sich in Höxter darauf verständigt habe, daß der Abbau der Kokskohlenbeihilfen ab 1991 nur in dem Maße erfolgen solle, wie dies regional- und sozialverträglich gestaltet werden könne, sollten jetzt die Lieferungen insgesamt bis 1990 abgeschlossen werden, und die Bundesregierung wolle schon 1988 die Unterstützung dieser Lieferungen kürzen. Auch in dem Papier der 58 CDU-Bundestagsabgeordneten finde sich nach seinem Verständnis die Feststellung, daß die Unterstützung der Lieferungen in den EG-Bereich abgebaut werden müßte.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
34. Sitzung

08.10.1987
the-ro

Auf einen Zwischenruf von Abg. Thoben (CDU) fügt der Minister hinzu, die sprachliche Verschiebung, die von der jetzigen Bonner Koalition vollzogen werde, zeichne sich gerade dadurch aus, daß sie die Tatbestände nicht mehr klar benenne; so würden die 2,5 Millionen Tonnen EBV-Lieferungen in den Abbau einbezogen.

Frau Abg. Thoben (CDU) hält eine Aussage des Ministers für besonders bemerkenswert: daß die Nutzung der Kernenergie, wie sie in Punkt 2 des Beschlusses formuliert worden sei, von allen SPD-geführten Bundesländern gemeinsam abgelehnt worden sei. - Der Minister stellt klar: Diesen Text, über den nicht geredet worden sei, habe man abgelehnt.

Frau Abg. Thoben (CDU) möchte wissen, ob sie aus dieser Aussage schließen dürfe, daß der Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen zu dem alten Satz vom September 1985 stehe. - Minister Dr. Jochimsen bejaht diese Frage und fordert die Bundesregierung auf, auch zu ihrem Teil zu stehen.

Wenn sie die Ausführungen des Ministers richtig verstanden habe, so fährt Frau Abg. Thoben (CDU) fort, habe er für den positiven Teil der Kohlepolitik nicht die Zustimmung der SPD-geführten Bundesländer bekommen. - Der Minister widerspricht: Dies treffe nur für Hamburg zu; Bremen habe immer mit Nordrhein-Westfalen gestimmt. Und die F.D.P.-Wirtschaftsminister hätten den Bundeswirtschaftsminister unterstützt.

Frau Abg. Thoben (CDU) ist der Meinung, der Minister habe soeben vorgetragen, daß es Dissens bei der Frage der Importregelung gebe. - Dies treffe nur auf den Wirtschaftssenator von Hamburg zu, entgegen Minister Dr. Jochimsen. - Frau Abg. Thoben (CDU) weist darauf hin, daß der Wirtschaftssenator in Hamburg über lange Jahre von der SPD gestellt worden sei; auch damals sei keine Kohle in Nordrhein-Westfalen gekauft, sondern sie sei importiert worden. Ihre Frage, ob sich denn an der Position Hamburgs gegenüber der früheren Einlassung etwas geändert habe, bejaht Minister Dr. Jochimsen.

Durch das, was gestern abend diskutiert und entschieden worden sei, sei wohl eine neue Dimension in der Kohlepolitik der Bundesrepublik Deutschland erreicht, erklärt Abg. Westermann (SPD). Es sei bedrückend, wenn sich in dieser Diskussion Bergbauländer und Nicht-Bergbauländer gegenüberstünden und wenn die Länder, die mit ihrem Bergbau zum Aufbau der Bundesrepublik beigetragen hätten, in der jetzigen schwierigen Situation, von der niemand wisse, wie lange sie anhalte und wie lange sie günstig für Öl und andere Rohstoffe bleibe, im Stich gelassen würden.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
34. Sitzung

08.10.1987
the-ro

Er fragt den Minister, ob das Ergebnis von gestern abend sehr überraschend gewesen sei oder ob man es habe vorhersehen können.

Minister Dr. Jochimsen legt dar, es sei in keiner Weise vorher absehbar gewesen, daß unter dem Punkt "Kohleverstromungsregelungen" zum einen das Durchboxen eines bestimmten Modells zum zentralen Punkt habe gemacht und die Prüfung anderer Möglichkeiten habe abgeblockt werden sollen und daß zum anderen damit ein sachwidriges Junktim hergestellt worden sei, so, wie er eben den niedersächsischen Wirtschaftsminister Hirche zitiert habe.

Nordrhein-Westfalen sei bereit, an der Erarbeitung eines neuen energiepolitischen Konsenses mitzuwirken. Das aber setze schwierigere Gespräche voraus, als einfach einmal nachmittags - und das auch noch unter unzureichenden äußeren Bedingungen - fertige Papiere zu beschließen. Dazu müßte man ernsthaft aufeinander zugehen und Lösungen ermöglichen.

Er habe von sich aus einen nordrhein-westfälischen Beschlußtext eingebracht, der Überlegungen nachgebildet worden sei, die man aus Bayern kenne. Dies sei in einem frühen Stadium geschehen, und zwar nach dem Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums und einer Aussprache unter anderem darüber, ob - was seine Auffassung sei - der Ölpreisanstieg ein Vertragsfall sei oder ob er einen Wegfall der Geschäftsgrundlage bedeute, was politisch argumentiert worden sei, aber rechtlich wohl nicht zutrefe; ferner sei dabei auch über die EG-Subventionierungen gesprochen worden. Es sei aber nicht möglich gewesen, auf der Grundlage dieses Beschlußentwurfs über die Fortsetzung des Jahrhundertvertrages über das Jahr 1995 hinaus zu sprechen.

Er habe angeboten, erforderlichenfalls in 14 Tagen eine Sonderkonferenz einzuberufen und darüber noch einmal ausführlich zu sprechen; denn er wisse um die Notwendigkeit, Kohleverstromungsregelungen auch in einen energiepolitischen Gesamtzusammenhang einzuordnen. Die Landesregierung habe dazu auch in ihrem Bericht an den Landtag Stellung bezogen. Darin seien unter dem Stichwort "für einen neuen Konsens" Elemente enthalten, die es nach Ansicht der Landesregierung möglich machen sollten, aus der jetzigen Kampfsituation herauszukommen.

Ein Element solcher Überlegungen sei es auch, inwieweit man am Netz befindliche Anlagen für eine Übergangszeit noch in Betrieb lassen wolle. In derartigen Verhandlungen aber gehe es insgesamt um ein Nehmen und Geben; man könne nicht einfach verlangen, daß zu einem vorgelegten Papier ja oder nein gesagt werde.

Insofern habe nicht er die Beschlußlage der Wirtschaftsministerkonferenz von Höxter verlassen; dies habe vielmehr die Bonner Koalition mit dem Aufkündigen der damaligen Zusage getan. Das sei auch

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
34. Sitzung

08.10.1987
the-ro

von der Bundesregierung nicht in Abrede gestellt worden. Sowohl Staatssekretär von Würzen als auch Bundeswirtschaftsminister Bange-
mann hätten zu erkennen gegeben, daß sich die Dinge geändert hätten
und daß man die haushaltspolitischen Notwendigkeiten heute anders
einschätze. Dafür könne man sogar ins Feld führen, daß sich die
durchschnittliche Unterstützung je Tonne verdreifacht habe. Dies
aber sei jetzt in Frage gestellt, und die Begründung dafür habe
überhaupt nichts mit dem Thema "Kernenergie" zu tun.

Deswegen sei das Ergebnis so nicht absehbar gewesen. Die trotz
des Vorliegens sehr konstruktiver Vorschläge zutage getretene
Unfähigkeit, in wesentlichen Punkten aufeinander zuzugehen, sei
ebenfalls sehr bedrückend gewesen.

Zu 2: Gesetz über die Anerkennung als Markscheider
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/2103

- Aufnahme der Beratung

Frau Abg. Kraus (SPD) teilt mit, daß sich aus der Sicht ihrer Frak-
tion keine Änderungswünsche ergäben. - Frau Abg. Thoben (CDU) merkt
an, ihre Fraktion sehe nach Prüfung des Gesetzentwurfs nichts, was
hier vorgetragen werden müßte.

Der Ausschuß kommt überein, den Gesetzentwurf in der Sitzung am
4. November 1987 abschließend zu beraten.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
34. Sitzung

08.10.1987
the-ro

Zu 3: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988
(Haushaltsgesetz 1988)

Drucksache 10/2250

hier: Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie

Vorlagen 10/1163 und 10/1169

Einführungsbericht des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie zum Einzelplan 08 - Vorlage 10/1196 - und
Aussprache

Minister Dr. Jochimsen teilt zu Beginn der Beratungen mit, daß er,
einem Wunsch des Ausschusses folgend, auf eine zusätzliche münd-
liche Berichterstattung verzichte; der schriftliche Einführungsbe-
richt liege vor.

Der Vorsitzende schlägt für das Beratungsverfahren vor, in der heuti-
gen Sitzung allgemeine Fragen zum Haushalt zu stellen, am 4. November
den Haushalt in seinen einzelnen Positionen zu beraten und am
11. November über Anträge abzustimmen. Der schriftliche Einführungs-
bericht des Ministers - Vorlage 10/1196 -, so fügt er auf eine ent-
sprechende Frage von Frau Abg. Thoben (CDU) an, gehöre als Material
zu den gesamten Haushaltsplanberatungen und könne jederzeit wieder
in die Diskussion einbezogen werden.

Frau Abg. Thoben (CDU) geht zunächst auf Ziffer I "Allgemeine Ein-
führung in den Wirtschaftshaushalt" ein, in der die Rede davon sei,
daß der Wirtschaftshaushalt 1988 die zu Beginn dieser Legislatur-
periode aufgestellte Zielkonzeption kontinuierlich fortführe und
die Akzente und Schwerpunkte für einen mittelfristigen Zeitraum
setze. Unter Hinweis auf die vom Ministerpräsidenten im Juni dieses
Jahres angekündigte Regierungserklärung zur Kurskorrektur fragt sie,
ob diese in dem Einführungsbericht des Wirtschaftsministers bereits
berücksichtigt sei oder ob die Wirtschaftspolitik des Landes davon
möglicherweise gar nicht betroffen werde.

Wenn ausgeführt werde, daß im Haushaltsjahr 1988 die Programme
"grundsätzlich" kontinuierlich fortgeführt werden könnten, dann
interessiere sie, welche Programme davon ausgenommen seien.

Sehr nebulös erscheine ihr der folgende Satz, den sie zu erläutern
bitte:

Der Landeshaushalt 1988 muß den finanziellen Verpflichtungen,
die sich aus der besonderen wirtschaftsstrukturellen Lage und
Verantwortung des Landes gegenüber dem Gesamtstaat ergeben,
nachkommen ...

Auf Seite 2 oben werde festgestellt, daß die Wirtschaft des Landes in ihrer Wachstumsdynamik weiter zum Bundesdurchschnitt aufgeschlossen habe. Gerade heute aber habe die WestLB eine umfangreiche Analyse mit völlig anderen Ergebnissen vorgestellt. Sie möchte wissen, ob für die Einführung in den Haushalt die Beobachtungsperiode so gewählt worden sei, daß man zu besseren Ergebnissen gelange.

Abg. Westermann (SPD) hält es für wichtig, die Rahmenbedingungen zu markieren, unter denen der diesjährige Haushaltsplanentwurf stehe.

Eine dieser Rahmenbedingungen sei die konjunkturelle Entwicklung, die nicht so verlaufe, wie viele es sich wünschten und wie einige versprochen hätten, sie zu gestalten, ohne daß sie dieses Versprechen hätten einhalten können. Die konjunkturelle Entwicklung führe einerseits dazu, daß aufgrund der mangelnden Beschäftigungspolitik des Bundes kein Abbau der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen sei; sie wirke sich andererseits aber auch auf den Landeshaushalt aus, weil die Steuereinnahmen nicht die erwartete Höhe erreichten.

Eine zweite Rahmenbedingung stelle die Steuerreform dar. Zwar würden Steuererleichterungen in der Erwartung gewährt, daß Investitionen getätigt und damit Arbeitsplätze geschaffen würden. Diese Erwartungen erfüllten sich jedoch nicht in dem erhofften Umfang. Andererseits habe die Steuerreform kontraktive Effekte für alle öffentlichen Haushalte zur Folge.

Eine weitere für den Landeshaushalt maßgebliche Rahmenbedingung sei, daß man vor erheblichen strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft stehe, die Gegensteuerungsmaßnahmen auch derjenigen erforderten, die dafür nach dem Grundgesetz verantwortlich seien; hier geschehe zu wenig. Zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Montanprogramm und den dafür notwendigen besonderen Anstrengungen, die das Land nicht allein leisten könne, werde die Bundesregierung ihrer Verantwortung nicht gerecht.

Als Rahmenbedingung sei ferner zu nennen, daß man unter dem Zwang stehe, den Haushalt zu konsolidieren.

Hinzu komme, daß der Einzelplan 08 besonders strukturiert sei, daß nahezu drei Viertel der Mittel für Kohlebeihilfen gebunden seien und daß man darüber hinaus von der Entwicklung des Dollarkurses abhängig sei. 10 Pfennig Dollarkursschwankung machten bei der Kokskohlenbeihilfe über 100 Millionen DM aus - vergleichbar dem gesamten Zusatzbeitrag des Landes im Jahre 1988 für die Zukunftsinitiative Montanregionen.

Die SPD-Fraktion unterstreiche die Aussage der Landesregierung, daß im Einzelplan 08 das Mögliche getan werde, um das Land ökonomisch und ökologisch zu erneuern, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes voranzutreiben und den in der Vergangenheit gesteuerten Kurs fortzusetzen, der richtig sei und in Ansätzen Erfolge zeitige.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
34. Sitzung

08.10.1987
the-ro

Die nordrhein-westfälische Wirtschaft sei nach wie vor hochleistungsfähig. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt, liege Nordrhein-Westfalen weit vor anderen Bundesländern, die dem Land Nordrhein-Westfalen immer wieder als Musterländer vorgehalten würden. Das Land weise eine positive Beschäftigungsbilanz auf. In den letzten zwei Jahren seien fast 140 000 neue Arbeitsplätze in zukunftssträchtigen Bereichen geschaffen worden. Mittlerweile spiele Nordrhein-Westfalen auch eine führende Rolle auf dem Sektor Umwelttechnologien. Dieser Kurs, der sich als richtig erwiesen habe, müsse mit Nachdruck fortgesetzt werden.

Oberstes Ziel aller Bemühungen müsse es bleiben - und darauf müßten auch die Haushaltsansätze abzielen -, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Sie könnten sowohl durch Verstärkung der außenwirtschaftlichen Anstrengungen als auch durch die Förderung neuer Technologien geschaffen werden. Insofern sei es richtig, daß die Technologieprogramme im bisherigen Umfang weitergeführt und die Bemühungen, Technologie aus den Hochschulen in die Wirtschaft zu transferieren, ständig vorangetrieben würden. Wichtig sei es auch, neue Arbeitsplätze im Rahmen der Zukunftsinitiative Montanregionen zu schaffen.

Von genauso großer Bedeutung wie die Schaffung neuer Arbeitsplätze sei es selbstverständlich, die vorhandenen Arbeitsplätze zu erhalten und die Leistungsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft zu pflegen. Deshalb sei es vernünftig, daß das bisher zur Verfügung stehende Mittelstandsinstrumentarium bestehenbleibe.

Dabei dürfe man eines nicht übersehen: Das Land könne zwar mithelfen, Arbeitsplätze zu schaffen; erforderlich sei aber auch die Eigeninitiative der Unternehmen. Und da Politik nicht ausschließlich eine Sache des Geldausgebens sei, sollten alle Politiker gemeinsam die Unternehmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ermuntern und ermutigen.

Wichtig sei darüber hinaus der Beitrag des Landes zur Regionalpolitik, die zwei Aspekte habe: Einerseits gehe es darum, die Möglichkeiten innerhalb eines Landes zu verbessern und wachstumsfördernd tätig zu sein; andererseits komme es darauf an, einen Ausgleich von Wirtschaftskraft - und zwar nicht nur innerhalb eines Landes, sondern auch zwischen den Bundesländern - vorzunehmen.

Hinsichtlich des letzteren Punktes seien Anmahnungen in Richtung der Bundesregierung vonnöten. Die Regionalpolitik des Bundes müsse sich viel stärker an der vorhandenen Arbeitslosigkeit orientieren; der Bund müsse seine Maßnahmen entsprechend den Problemen bei der Arbeitslosigkeit ausgestalten. In diesem Sinne sei das, was bisher für Nordrhein-Westfalen beschlossen worden sei, völlig unzureichend.

Weil Regionalpolitik selbst oft weniger bewirken könne als die Ausgabenpolitik des Bundes, müßten nach Auffassung der SPD auch die regional wirksamen Ausgaben von Bundesinstitutionen gerechter verteilt werden.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
34. Sitzung

08.10.1987
the-ro

Er geht sodann auf die Ausbildungsplätze ein. Bei den Ausbildungsplätzen gehe es zum einen um aktuelle Beschäftigung, zum anderen aber auch um Investitionen in die Zukunft. Deshalb räume die SPD diesem Thema eine hohe Priorität ein. Die Wirtschaft klage jetzt bereits über einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften; darüber hinaus stellten gut ausgebildete Arbeitskräfte ein bedeutendes Zukunftskapital für die ökonomische Erneuerung des Landes dar. Seine Fraktion begrüße es deshalb, daß auch im Haushalt 1988 wieder Mittel in erheblichem Umfang bereitgestellt werden sollten, um der Bedeutung der Ausbildungsplatzförderung gerecht werden zu können.

Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung sei eine sichere Energieversorgung. Dem werde im Haushalt dadurch Rechnung getragen, daß ein angemessener Anteil zur Erhaltung der heimischen Energiequellen geleistet werde. Es sei richtig, daß der Kohlevorrang auch im Haushalt 1988 durch die Bereitstellung entsprechender Mittel bestätigt werde.

Auf Zustimmung seiner Fraktion treffe es auch, daß sich im Haushalt ein Umsteuern in der Energiepolitik konkretisiere: daß der Fernwärmeausbau auf Landesebene weiter vorangetrieben werde - während sich der Bund aus diesem Sektor leider zurückgezogen habe - und daß alternative Energiequellen gefördert würden.

Aus Sicht der SPD-Fraktion enthalte der Einzelplan 08 das, was im Augenblick finanzierbar sei. Dabei werde das Ziel der ökonomischen Erneuerung des Landes weiterhin verfolgt. Seine Fraktion sehe daher den vorliegenden Entwurf als eine gute Grundlage für die kommenden Detailberatungen.

Abg. Apostel (SPD) stimmt der in der allgemeinen Einführung in den Wirtschaftshaushalt zum Ausdruck gebrachten Hauptzielsetzung zu, daß es darauf ankomme, die Zukunftssicherung als ein Problem der Montanregionen voranzutreiben. Dafür gebe es neben den alten Instrumenten, die unter das Stichwort "Kontinuität" fielen, auch ein neues Instrument, zu dem er einige Fragen habe.

Was auf Seite 7 Mitte des Einführungsberichts dargelegt sei - daß nämlich die Landesregierung darauf drängen werde, daß bis zum Frühjahr 1988 für alle betroffenen Montanregionen abgestimmte Aktionsprogramme vorlägen -, halte er für ein gewaltiges und ehrgeiziges Ziel, vor allem deshalb, weil es darauf abhebe, die regionalen Wirtschaftsinteressen zu mobilisieren und in den Prozeß einzubeziehen.

Er fragt den Minister, ob man dieses Ziel denn wirklich zu erreichen glaube und ob es wohl gelingen werde, die Lethargie der Wirtschaft zu überwinden. Denn bisher laute die Frage nie, was man unternehmen könne, sondern immer nur, wie hoch der Fördersatz sei. Deswegen interessiere ihn, was man jetzt schon zu der Entwicklung der regionalen Initiativen sagen könne.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
34. Sitzung

08.10.1987
the-ro

Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.) macht deutlich, daß sie der generellen Bewertung des Berichts durch ihren verhinderten Fraktionskollegen Abg. Tschoeltsch nicht vorgreifen wolle. Anzumerken bleibe jedoch zum jetzigen Zeitpunkt - und das habe die F.D.P. auch in ihrem Antrag "Rücknahme des Haushaltsentwurfes 1988" festgestellt -, daß Kurskorrekturen, wie sie der Ministerpräsident angekündigt habe, in dem Einführungsbericht zum Einzelplan 08 nicht spürbar würden.

Nach Meinung der F.D.P. müßten all die Aspekte, die der Ministerpräsident angesprochen habe und die man in Papieren nachlesen könne, berücksichtigt werden, um mittel- bzw. langfristig zu einer sinnvollen Regelung für Nordrhein-Westfalen zu kommen. Das Land dürfe nicht weiterhin die Schuld im Bund und sonstwo suchen, sondern müsse auch eigener Kraft mit einer vernünftigen Kurskorrektur beginnen. Möglicherweise könne der Minister in seiner Erwiderung solche Kurskorrekturen konkret benennen.

Minister Dr. Jochimsen erwidert, das Wort, das hier dem Ministerpräsidenten als dessen Ankündigung nachgesagt werde, könne er nicht bestätigen; ihm sei davon nichts bekannt. Er, Jochimsen, habe einen Haushalt vorgelegt, der sich in der Kontinuität der von ihm zu Beginn der Legislaturperiode vorgetragenen Vorstellungen bewege.

Der Ministerpräsident habe für die Mitte der Legislaturperiode eine Regierungserklärung angekündigt. Daran werde gearbeitet. Diese Regierungserklärung werde unter den Bedingungen vom Herbst und Winter dieses Jahres verdeutlichen, was zur Fortsetzung der Politik der ökonomischen und ökologischen Erneuerung des Landes notwendig sei.

Dazu würden seitens des Wirtschaftsministeriums vor allem noch einmal

- die Zukunftsinitiative Montanregionen,
- die Stärkung von kleinen und mittleren Unternehmen,
- die Qualifikation der Arbeitnehmer,
- der Ausbau moderner Infrastrukturen,
- die Umsetzung des Außenwirtschaftskonzeptes,
- die energiepolitische Schwerpunktsetzung,
- die Sicherung der Zukunft der Kohle,
- die Stärkung der lokalen und regionalen Initiativen in der Wirtschaftspolitik

eingebraucht und bekräftigt werden. Dies sei auch Gegenstand seines Einführungsberichts. Wenn die F.D.P. im Plenum einen Antrag stelle, so sei das ihre Sache. Er habe in voller Verantwortung einen Wirt-

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
34. Sitzung

08.10.1987
the-ro

schaftshaushalt vorgelegt, der die zu Beginn dieser Legislaturperiode aufgestellte Zielsetzung kontinuierlich fortführe und Akzente und Schwerpunkte für einen mittelfristigen Zeitraum setze.

Dabei befinde sich die Regierung zugegebenermaßen in dem Dilemma, daß sie eigentlich, wenn das haushaltsmäßig möglich wäre, sehr viel mehr für Neues tun müßte. Daß sie gleichwohl den finanziellen Verpflichtungen nachkommen müsse, die sich aus der besonderen wirtschaftsstrukturellen Lage und der Verantwortung gegenüber dem Gesamtstaat ergäben, sei allgemein bekannt.

Wenn die Kohlepolitik den Einzelplan 08 mit fast 60 % belaste, so sei das ein Faktum, das man einfach in all diese Abwägungen einbeziehen müsse. Er sei Abg. Westermann (SPD) dankbar dafür, daß dieser die Zusammenhänge mit dem dargestellt habe, was der Gesamtstaat dem Lande eigentlich schuldig sei und was er nicht ausfülle. Unter diesen Ausgangsbedingungen, die er in seinem Bericht erläutert habe, sei der Haushalt 1988 aufgestellt worden.

Es sei in der Tat, wie Abg. Apostel (SPD) zu Recht festgestellt habe, ein sehr ehrgeiziges - aber seines Erachtens auch unverzichtbares - Vorhaben, daß die lokalen und regionalen Initiativen zur Aufstellung von abgestimmten Aktionsprogrammen führen sollten. Er sei allerdings optimistisch gestimmt; denn in den verschiedenen Regionen und Städten sei teilweise erstaunlich viel in Gang gekommen. Das bedeute, daß diese zusätzliche Chance zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen von den örtlich Verantwortlichen begriffen und aufgegriffen werde. Daß dabei gelegentlich auch alte Projekte vorgestellt würden, die vorher schon einige Male abgelehnt worden seien, erwähne er nur am Rande.

Es komme darauf an, die Zukunftsinitiative Montanregionen nicht als ein Umtaufen dessen mißzuverstehen, was bisher schon getan und gefordert worden sei; sie bedeute vielmehr eine konzentrierte Anstrengung, um die Voraussetzungen der wirtschaftsnahen Infrastruktur, Ausbildungsstruktur, Weiterbildungsstruktur und etwa der Technologiezentren zu fördern und dabei auch die Ansätze aufzugreifen, die - so hoffe er immer noch - die Tarifvertragsparteien noch entwickeln würden. Allerdings habe die letzte Stahlrunde in der vergangenen Woche keinerlei Hinweise mehr enthalten, daß es in der Steinkühler/Kriwet-Vereinbarung auch weitere Festlegungen gegeben habe, nämlich darüber, daß die Stahlunternehmen selber Ersatzarbeitsplätze schaffen sollten.

Mit dieser Zukunftsinitiative werde man sich selbstverständlich intensiv beschäftigen müssen, weil in einer Konjunkturlage, wie sie Abg. Westermann (SPD) soeben beschrieben habe, nicht automatisch Kräfte zuwachsen. Aber daß das Land mit seiner Zukunftsinitiative Montanregionen nicht warte, bis die Bundesregierung ihrer Verpflichtung nachkomme, die notwendige Mittelausstattung nach Art. 104 a und 91 a GG vorzunehmen, habe die Landesregierung bereits in der Regierungserklärung vom 10. Juli 1987 deutlich gemacht.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
34. Sitzung

08.10.1987
the-ro

Das Land habe die Verantwortung für die regionale Strukturpolitik, für die regionale Entwicklung im Lande, für die Landesentwicklung; deshalb müsse das Land die Akzente setzen und vorantreiben. Man könne jetzt nicht einfach untätig zusehen, wie lange denn wohl das Land Nordrhein-Westfalen ausgehungert werden könne, sondern er werbe darum, daß sich auch die CDU für eine Unterstützung des Landes durch den Bundesstaat ausspreche.

Dabei werde die Problematik der Kohlereviere erst noch auf das Land zukommen, wenn die in der Aktuellen Viertelstunde zur Sprache gekommene bedrückende Zukunftsperspektive Wirklichkeit werden sollte; denn bisher habe sich das Thema "Montanregionen" nur auf Stahl und auf den Eschweiler Bergwerks-Verein bezogen.

Man müsse erkennen, daß es kein Patentrezept und auch keine Programmstruktur gebe, die hinsichtlich ihrer Inhalte vom Land vorgegeben werden könnte; aber das Land müsse und wolle in dieser Angelegenheit eine führende, moderierende, strukturierende Rolle spielen. Auf dieser Linie habe auch die Oberhausener Informationsveranstaltung der Landesregierung zur "Zukunftsinitiative Montanregionen" gelegen.

Er hoffe, daß in Kürze auch eine Broschüre vorgelegt werden könne, in der über vier gelungene Beispiele lokaler und regionaler Innovationsinitiativen berichtet werde. Ende August seien 110 Fachleute aus dem ganzen Land zusammengerufen worden, um diese Beispiele aus Aachen, Dortmund, Siegen und Oberhausen vorzustellen. Hier lägen nach seiner Einschätzung schon eine Menge Erfahrungen vor, die auch anderenorts genutzt werden könnten.

Der Minister kündigt abschließend eine Ergänzung zum Haushalt an, die zwar von der Regierung noch nicht beschlossen worden sei, aber in den nächsten Wochen beschlossen werde: das Landesprogramm "Energiesparen - Nutzung regenerativer Energiequellen". Er sei gern bereit, dazu in der nächsten Ausschusssitzung Näheres vorzutragen. Man wolle das, was im Haushalt enthalten sei, noch verstärken und ausbauen; dazu werde das Kabinett in Kürze seine Beschlüsse fassen.

Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.) äußert Verständnis dafür, daß es den Minister betroffen mache, wenn er darauf warten müsse, welche Marschrichtung der Ministerpräsident letztendlich vorgebe.

Kontinuität, wie sie in dem Einführungsbericht des Minister erkennbar sei, sei generell positiv zu bewerten. Jeder aber müsse mit den vom Ministerpräsidenten für diesen Herbst angekündigten Aspekten rechnen und sie dann auch einbauen; denn für die Haushaltspläne bedeute dies, daß es neue Prioritäten geben werde.

Sie fragt, wie es denn mit einem Umdenken bei den Fördermaßnahmen aussehe. Nirgendwo sei spürbar, daß der Wirtschaftsminister eine neue Prioritätenliste aufgestellt hätte, nach der in Zukunft ge-

fördert werden solle. Sie möchte wissen, ob alles einfach so weitergehen solle wie bisher oder ob es konkrete Ansatzpunkte dafür gebe, gerade in diesem Bereich etwas zu verändern.

Frau Abg. Thoben (CDU) bedauert, daß es der Minister immer wieder verstehe, auf eine konkrete Frage nicht zu antworten.

Auf den ersten Seiten seines Einführungsberichts habe der Minister eine Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Landes und der Wachstumssituation im Vergleich zu anderen Bundesländern vorgenommen. In einer aktuellen Veröffentlichung komme die WestLB - der der Minister sicher nicht unterstellen werde, daß sie das Land kaputtreden wolle - zu einem deutlich anderen Ergebnis und zu dem offensichtlich auch von Abg. Westermann (SPD) geteilten Schluß, daß Wirtschaftspolitik nicht nur aus Geldausgaben bestehe, sondern auch Ermutigung beinhalten müsse.

Die CDU spreche in diesem Zusammenhang gern vom "investitionsfreundlichen Klima". Auch in der Veröffentlichung der WestLB finde sich die Beurteilung wieder, daß das Fehlen dieses Klimas offenbar ein Standortnachteil Nordrhein-Westfalens sei. - Sie bittet den Minister dazu um eine Stellungnahme.

Die Betonung der Probleme in den Montanregionen habe die Landesregierung veranlaßt, eine Reihe von Förderprogrammen zusätzlich auf diese Regionen zu konzentrieren. Unter dem Diktat leerer Kassen bedeute das zugleich eine Absage an die Förderung in anderen Teilen des Landes.

Sie möchte wissen, welche Programme davon betroffen würden, daß der Minister einen erheblichen Teil der Finanzierung der Zukunftsinitiative Montanregionen über globale Minderausgaben erwirtschaften wolle bzw. daß eine Umwidmung von Programmen und eine Konzentration auf Montanregionen vorgenommen werde, und ob der Minister mit nachteiligen Auswirkungen auf andere Räume des Landes rechne.

Der Minister habe dankenswerterweise darauf hingewiesen, daß die Beherrschung des Strukturwandels aufgrund der Lage und der Branchenstruktur Nordrhein-Westfalens eine Menge Mittel zum Beispiel für die Kohle binde. Sie werte diese Aussage so, daß der Minister beabsichtige, diese Gelder auch in Zukunft zu zahlen, um seiner Verantwortung nachzukommen. Sie halte eine dementsprechende Klarstellung für unverzichtbar, weil der Finanzminister das zum wiederholten Male in Frage gestellt habe.

Es falle auf, daß in dem Haushalt auch eine weitere Förderung von Hochtemperaturprozessen und Werkstoffen vorgesehen sei. Sie fragt, ob es sich dabei um auslaufende Vorhaben handele. Ferner interessiere sie, ob der Minister zwar solche Forschungen, nicht aber deren wirtschaftliche Nutzung akzeptiere und wie sich das, was unter bestimmten Haushaltstiteln zu finden sei, in die energiepolitischen Vorstellungen des Ministers einfüge.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
34. Sitzung

08.10.1987
the-ro

Über das angekündigte Energiesparprogramm würde sie gern in der nächsten Ausschusssitzung Näheres erfahren. Was die Versorgungsstruktur nach Energieträgern im Lande Nordrhein-Westfalen betreffe, so würden, grob gesprochen, rund 40 % des Stroms durch die Verstromung von Braunkohle und wegen der hier vorhandenen Lagerstätten ein weiterer erheblicher, bundesweit wohl einzigartig hoher Teil durch die Verstromung heimischer Steinkohle abgedeckt, während der Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung nur gering sei.

Wenn man den Prognosen über die Stromverbrauchszuwachsraten glauben dürfe, so seien sie relativ niedrig. Sie erkundigt sich, wie der Minister die Auswirkungen eines erfolgreichen Energiesparprogramms auf die hierzulande für die Verstromung gebrauchten Mengen an Braunkohle und an Steinkohle beurteile.

Minister Dr. Jochimsen sieht keinen Widerspruch zwischen der von ihm vorgenommenen Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung auf Seite 2 des Einführungsberichts und der von der Westdeutschen Landesbank vorgelegten, durchaus lobenswerten Initiative. Bei aller nüchternen Sicht der Probleme des Landes bemühe er sich darum, auch Leistungen und Fortschritte anzuerkennen und herauszuarbeiten. Dies sei ein wichtiger Faktor für die Schaffung eines günstigen Klimas. Zu einem solchen günstigen Klima könnte auch die Opposition beitragen. Wer aber das Land zerrede, der schaffe das Gegenteil.

Die Landesregierung habe deshalb jetzt auch - wovon der Wirtschaftsausschuß unterrichtet sei - mit einer großangelegten Werbekampagne begonnen: In Anzeigen werde Nordrhein-Westfalen gebührend herausgestellt. Damit trage die Regierung auch der Tatsache Rechnung, daß kein Medium - weder der Rundfunk noch das Fernsehen noch die Tageszeitungen - für das Land zu sprechen versuche. Es sei im übrigen ein Phänomen, daß in einem so großen Bundesland keine überregionale Tageszeitung ihren Sitz habe.

Er sei sehr froh darüber, daß die Zukunftsinitiative Montanregionen die Unterstützung aller Fraktionen im Landtag gefunden habe. Auch das, was von den nordrhein-westfälischen CDU-Bundestagsabgeordneten getan worden sei, sehe er als eine Hilfe in dem Bemühen an, das Land insgesamt günstiger darzustellen und zur Klimaverbesserung beizutragen.

Der Minister widerspricht der Befürchtung von Frau Abg. Thoben (CDU), die Zukunftsinitiative Montanregionen könnte ein Austrocknen anderer Landesteile bedeuten. In den einzelnen Etats seien für diese Zukunftsinitiative 88 Millionen DM enthalten. Zusätzlich seien 100 Millionen DM im Einzelplan 14 veranschlagt; in einer Ergänzungsvorlage werde dargelegt werden, wie dieser Betrag für das Jahr 1988 auf die einzelnen Haushalte umzusetzen sein werde.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
34. Sitzung

08.10.1987
the-ro

Es wäre ein grobes Mißverständnis, der Landesregierung nun zu unterstellen, sie wollte alle finanziellen und politischen Möglichkeiten ausschließlich auf die Montanregionen konzentrieren. Aber für die Montanregionen müsse jetzt Entscheidendes getan werden; denn sie seien durch angekündigten oder sich bereits vollziehenden Arbeitsplatzabbau in einem ganz starken Maße betroffen.

Auf dem Stahlsektor würden bis Ende 1989 bundesweit - ohne Maxhütte - 35 000 Arbeitsplätze abgebaut, davon 25 000 allein in Nordrhein-Westfalen. In nicht wesentlich geringerer Größenordnung ergäben sich Folgerungen im Kohlesektor, und zwar zum einen noch als Konsequenz der Kohlerunde 1983 und zum anderen wegen der Marktanteilsverluste beim Stahl, beim Export und auf dem Wärmemarkt. Dabei dürfe man nicht übersehen, daß weitere Arbeitsplatzverluste hinzukommen und weitere Regionen davon berührt werden könnten, wenn der Jahrhundertvertrag tatsächlich gefährdet werde. Deshalb müßten ganz besondere Anstrengungen unternommen und alle Möglichkeiten mobilisiert werden.

Zum wiederholten Male sei gefragt worden, ob die Landesregierung zum Kohledritteln stehe oder nicht. Dabei sei der Finanzminister in einer unzutreffenden Weise zitiert worden. Der Finanzminister habe nämlich nicht etwa das Kohledritteln in Frage gestellt, sondern verlangt, daß das Kohledritteln bei den Verhandlungen über die Verteilung der Mehrwertsteuer und beim Finanzausgleich als eine Sonderlast des Landes Nordrhein-Westfalen anerkannt werde.

Schließlich habe sich das Land auch in dem Prozeß um den Länderfinanzausgleich zum ganz überwiegenden Teil durchsetzen können. Möglicherweise werde das Land einen weiteren Prozeß führen müssen. Er vermisse hierbei allerdings eine Unterstützung durch die CDU, während sich der Fraktionsvorsitzende der F.D.P., Abg. Dr. Rohde, nach seinem Empfinden sehr gut und vernünftig dazu geäußert habe, daß überlegt werden müsse, wie in dieser Situation eine konkrete Unterstützung des Landes durch den Bund erfolgen könne.

Die Hochtemperaturprozesse würden im Rahmen des "Technologieprogramms Energie" anhand eines Vorhabenprogramms gefördert, das Mitte der 70er Jahre gemeinsam mit dem Bundesminister für Forschung und Technologie unter dem Stichwort "Projekt nukleare Prozeßwärme" (PNP) entwickelt worden sei, um den Verbund von Kohle und Kernenergie technologisch durchführbar zu machen.

Gemäß der Absprache mit dem BMFT habe Nordrhein-Westfalen die konventionelle Seite, nämlich die Werkstoffseite, gefördert. Dieses Programm werde das Land nicht abbrechen, sondern es entsprechend der Vereinbarung mit dem BMFT vernünftig zu Ende führen. Der BMFT habe angekündigt, daß er die weitere Entwicklung der speziellen Hochtemperaturreaktortechnologie nun in die volle Verantwortung der Industrie geben werde.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
34. Sitzung

08.10.1987
the-ro

Er, Jochimsen, habe dieser Auffassung beigeplichtet, wolle aber, daß diese Know-how-Entwicklung, die dabei unter anderem auf der Materialseite stattfinde, nicht verlorengelasse, sondern genutzt werde. Seines Erachtens könne die energietechnische Entwicklung in Nordrhein-Westfalen insgesamt sehr davon gewinnen, daß man mit Hochtemperaturprozessen vernünftig umgehen und technologische Lösungen herbeiführen könne.

Was von einem einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN in der Presse geäußert worden sei, nämlich daß hier eine versteckte Subventionierung für den HTR oder für neue Hochtemperaturreaktoren stattfinde, sei abwegig. Es gehe um das Projekt nukleare Prozeßwärme, das in Jülich anhängig gewesen sei.

Energiepolitisch sei die Förderung der Hochtemperaturprozesse wichtig für die Weiterentwicklung des konventionellen Teils der Kraftwerkstechnik. Sie sei auch insofern von Bedeutung, als man zum Beispiel in kombinierte Gasnutzungsverfahren eintreten wolle, die die Wirkungsgrade der Kraftwerke verstärkten, wie dies etwa im Gerstein-Werk bei VEW geschehe. Er hoffe, daß auch bei Rheinbraun die neuen Kraftwerke auf Braunkohlenbasis für eine kombinierte Anwendung von verschiedenen Techniken - und nicht nur für die einfache Verfeuerung - gebaut würden.